

29.6.2011

Schriftliche Anfrage

Maleica Landolt (GLP)
Isabel Garcia (GLP)

Um zu sparen wird auf Bundesebene in Erwägung gezogen, die Hürde für die berufliche Grundausbildung der körperlich oder geistig behinderten Jugendlichen hinaufzusetzen. Vorgesehen wäre, dass sie nur noch eine Ausbildung finanziert bekommen würden, wenn sie voraussichtlich einen bestimmten Lohn erwirtschaften.

Für die Betroffenen und ihre Familien ist es aus finanzieller und sozialer Sicht sehr problematisch, wenn Jugendlichen mit Behinderung aus reinen Rentabilitätsüberlegungen eine adäquate, ihnen entsprechende Berufsausbildung verwehrt würde.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat folgende Fragen zu beantworten:

1.

Wie schätzt der Stadtrat diese Ansätze von möglichen Sparmassnahmen ein und welche Haltung mit den entsprechenden umgesetzten Massnahmen hat er bezüglich Integration von körperlich oder geistig behinderten Menschen in unsere Arbeitswelt?

2.

Wieviel körperlich oder geistig behinderte Jugendliche würden bei der Umsetzung solcher Sparmassnahmen konkret in der Stadt Zürich betroffen sein und welche finanziellen Auswirkungen würde das auf die Stadt haben, sofern die Gemeinde diese finanzielle Lücke schliessen würde ?

3.

Gibt es Möglichkeiten und wäre der Stadtrat entsprechend bereit, sich bei den massgeblichen Entscheidungsträgern in Bern dafür einzusetzen, dass Jugendlichen mit einer Behinderung eine ihnen entsprechende berufliche Grundausbildung auch weiterhin gewährleistet wird?

M. Landolt

I. Garcia